78 Freiburg, den 31. März 1965
c/o AstA der Universität
Bertholdstr. 26
Telef. 31852 App. 682
Sonderkonto: Deutsche Bank
Filiale Freiburg Nr. 153 270

W o r t l a u t

des Beschlusses der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher
Studentenschaften am 17. März in Mainz zur Bildungsaktion der
Studentenschaften am 1. Juli 1965

"In Besorgnis um den wachsenden Bildungsnotstand in der Bundesrepublik Deutschland werden am 1.7.1965 von den Studentenschaften der Bundesrepublik und West-Berlins Kundgebungen und Demonstrationen veranstaltet, um allen Bemühungen um einen verstärkten Ausbau des Bildungswesens Nachdruck zu verleihen. In den ersten beiden Monaten des Sommersemesters werden die Studentenschaften mit Flugblattaktionen und Veröffentlichungen in der Studentendruckpresse umfassend über die derzeitige Bildungssituation in der Bundesrepublik informiert.

Begründung:

1. Die deutsche Studentenschaft hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Stellungnahmen zur Bildungssituation in der Bundesrepublik abgegeben. Die ständige Konferenz der Kultusminister, der Wissenschaftsrat, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Westdeutsche Rektorenkonferenz und andere Institutionen auf dem Gebiet des Bildungswesens haben ebenfalls in Denkschriften, Aufsätzen und Stellungnahmen auf den wachsenden Bildungsnotstand hingewiesen.
Es muß jedoch mit Bedauern festgestellt werden, daß-abgesehen von Ausnahmen-in Bund und Ländern bei weitem nicht alle Maßnahmen ergriffen wurden, die zur Abwendung des Bildungsnotstandes erforderlich sind.
2. Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung hat am 28. Januar dieses Jahres einen Forschungsbericht vorgelegt, der vom Bundeskabinett verabschiedet worden ist. Darin wird festgestellt, daß die finanziellen Aufwendungen für die Wissenschaft in den nächsten Jahren verdoppelt werden müssen. Wir finden es unverantwortlich, daß der Bundestag in dieser Lage die Mittel für die Wissenschaftsförderung nicht erhöht, sondern die vorgesehenen Mittel gekürzt hat.
3. Wir finden es unbegreiflich, daß der Bundestag ein Gesetz beschließt, das Hunderttausenden von Schülern weiterführender Schulen ohne Rücksicht auf deren Bedürftigkeit DM.40.-- monatlich zuteilt. Auf diese Weise wird eine Summe von 450 Millionen Mark ohne nennenswerten bildungspolitischen Effekt ausgegeben. Wir fordern, daß endlich in Zusammenarbeit von Bund und Ländern eine gezielte, sozial-und bildungspolitisch wirksame Ausbildungsförderung in der Bundesrepublik verwirklicht wird.
4. Wir sind empört darüber, daß die Regierungen von Bund und Ländern noch immer keine langfristigen, gemeinsamen Investitions-geschweige denn Finanzierungspläne für Wissenschaft und Bildung entworfen haben. Stattdessen wird das wenige verfügbare Geld kurzfristig in Form von Wahlgeschenken verpulvert.
5. Die Politiker überschütten uns mit kulturpolitischen Deklamationen. Sie sollten stattdessen der Bevölkerung endlich sagen, welche Opfer gebracht werden müssen, wenn die Bundesrepublik den Anschluß an die internationale Entwicklung wiedergewinnen will.
Wir protestieren dagegen, daß Steuersenkungen beschlossen werden, wenn sich unser Staat in einer Notlage befindet, die nur durch Einziehung neuer Steuern überwunden werden kann.

Einstimmig bei vier Enthaltungen
angenommen.

Weitere Informationen zur Aktion 1. Juli 1965

Warum demonstrieren ?

Die Hintergründe für den Mainzer Beschluß der Studentenschaften.

In der Geschichte der deutschen Studentenschaften nach dem zweiten Weltkrieg gibt es keine Parallele für eine gleichartige Aktion, wie sie auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Mainz beschlossen worden ist. Das bisherige Bild kannte allenfalls leidenschaftliche Diskussionen von Studentenvertretern auf Mitgliederversammlungen und Studententagen oder einmal eine geharnischte Protestaktion an einer Hochschule für ein besseres Mensaessen oder gegen hohe Straßenbahnfahrpreise. Ansonsten hatte sich die Studentenschaft weitgehend damit abgefunden, sich auf ihren ureigensten Bereich zurückzuziehen. Als politisch relevante Gruppe existierte sie nicht.

Mitten hinein in diesen Zustand der Ruhe und Beharrung nun der Beschluß, am 1. Juli in allen westdeutschen Hochschulstädten Kundgebungen und Demonstrationen zu veranstalten. Was hat die Studentenschaften veranlaßt, so entschlossen zu handeln ?

Ursache ist in erster Linie ein zunehmendes Unbehagen bei vielen politisch interessierten Studenten, über die Art und Weise, wie in diesem Lande die Bildungsfragen behandelt werden. Seit Jahresfrist weiß man zum Beispiel, daß 1970 ein ordnungsgemäßer Schulunterricht nur gewährleistet werden kann, wenn alle Studenten, die heute die Hochschulen besuchen, Lehrer werden. Seit Jahren ist ebenfalls aufgrund internationaler Statistiken (OECD etc) bekannt, daß Westdeutschland eine erheblich geringere Zahl von Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren auf weiterführenden Schulen ausbildet als fast alle europäischen Nachbarländer. Das bedeutet, daß der politische und wirtschaftliche Bestand der Bundesrepublik auf die Dauer gefährdet ist. Die vorliegenden Planungen für das französische und angelsächsische Hochschulwesen zum Beispiel sehen für die achtziger Jahre eine Steigerung der Studentenzahlen bis zu hundert Prozent vor. In Deutschland müßten die Abiturientenzahlen drastisch erhöht werden, vor allen im Hinblick auf den bevorstehenden Lehrermangel und andere akademische Mangelberufe. Eine sorgfältige Planung hat indessen kaum begonnen. So ließe sich ein Beispiel an das andere reihen, aus denen hervorgeht, in welche bedrohliche Bildungssituation Deutschland geraten ist.

Die Experten beschwören seit Jahren die Politiker. Die Politiker ihrerseits führen zwar das Wort von den großen Anstrengungen für Bildung und Wissenschaft im Munde, lassen es aber an entsprechenden Taten fehlen. Kann es in dieser Lage verwundern, daß es sogar im Leitartikel der Deutschen Universitätszeitung vom Februar 1965 heißt: "Die Zeit von Leitsätzen, Rahmenplänen und Orientierungslinien als einziges Instrumentarium der Wissenschaftspolitik ist vorbei. Konzeptionen und Pläne haben nur dann einen Sinn, wenn ihnen eine Aktion folgt.

In der Tat. Die Studentenschaften sind der Meinung, daß die Probleme des Bildungswesens endlich aus dem Stadium der Denkschriften und Deklamationen in das Stadium der politischen Verwirklichung treten müssen. Die Studentenschaften haben deshalb beschlossen, mit einer Demonstration an die Öffentlichkeit zu treten. Sie sind sich dabei bewußt, daß Demonstrationen die differenzierten Fragen des Bildungswesens nicht allein lösen können, aber sie wollen auf die Verantwortlichen und auf die öffentliche Meinung einwirken, der Bildungspolitik den Rang und die Aufmerksamkeit einzuräumen, den ihr der Bundeskanzler in der Regierungserklärung zuwieß, als er sagte, daß "die Aufgaben der Bildung und Forschung für unser Geschlecht den gleichen Rang besitzen wie die soziale Frage des 19. Jahrhunderts."

Provozierender Anlaß für den Beschluß der Studentenschaften, am 1. Juli zu demonstrieren, waren zwei Entscheidungen des Deutschen Bundestages. In der dritten Lesung des Bundeshaushaltes am 26.2.65 wurden in namentlicher Abstimmung die vorgesehenen Mittel für die Wissenschaftsförderung gekürzt.

Diese Entscheidung erfolgte einen Monat, nachdem die Bundesregierung den den Forschungsbericht I vorlegte, der nachwies, daß die finanziellen Anstrengungen für Wissenschaft und Forschung verdoppelt werden müssen, wenn Deutschland den Anschluß an die internationale Entwicklung wiedergewinnen will. Auch wenn kurz darauf erklärt wurde, mit freiwerdenden Mitteln die Kürzung auszugleichen, so ist diese Abstimmung doch ein Symptom dafür, "wie gering entwickelt in den Parteien und Fraktionen das Gefühl für die Priorität der Förderung der Wissenschaft ist." (FAZ 15.3.65). Dieser Eindruck wird auch durch die Tatsache bestärkt, daß Debatten im Bundestag über Kulturpolitik in der Regel vor leerem Hause stattzufinden pflegen. Trotz der beschwörenden Worte des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung über die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, sind diese Fragen für die Mehrzahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag offenbar von untergeordnetem Interesse.

Die zweite Entscheidung des Bundestages, die die Entrüstung der Studenten hervorgerufen hat, war die Verabschiedung des Gesetzes über die Zuteilung von 40.-- DM an Schüler weiterführender Schulen, dessen bildungspolitischer Effekt in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln steht.

45 Millionen Mark kommen einer Bevölkerungsschicht zugute, die ohnehin ihre Kinder auf weiter lernende Schulen schickt.

Zur Rechtfertigung dieser Maßnahme wurde im Bundestag darauf hingewiesen, das Grundgesetz beschränke das Engagement des Bundes im Bereich der Ausbildung. Die Studentenschaften betrachten dies als eine schlechte Ausrede. Das Grundgesetz wird damit zum Prügelknaben für den Unwillen oder das Unvermögen von Bund und Ländern, sich auf dem Gebiet der Ausbildungsförderung zu einer gemeinsamen Lösung durchzuringen. Die Studentenschaften können sich des Eindrucks nicht erwehren, daß noch nicht alle Möglichkeiten, die das Grundgesetz bietet, zur Lösung der nationalen Bildungsaufgaben ausgeschöpft wurden. Dies gilt insbesondere für die Bildungsplanung und Bildungsfinanzierung (siehe auch Rede des Bonner Juristen Prof. Scheuner bei der Eröffnung der Internationalen Juristenfakultät in Freiburg am 1.3.65).

Welche Ziele verfolgen die Studentenschaften mit ihren Demonstrationen am 1. Juli:

1. Eine Rangerhöhung der Bildungspolitik neben den Ressorts der Verteidigung, Wirtschaft, Außen, Innen- und Sozialpolitik (vgl. Regierungserklärung).
2. Eine nationale Bildungsplanung und Bildungsfinanzierung sowie eine der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse entsprechende Zusammenarbeit von Bund und Ländern auf dem Gebiet des Bildungswesens.
3. Aufklärung der Bevölkerung über die tatsächliche Bildungssituation in der Bundesrepublik.
4. Aufklärung der Bevölkerung über die finanziellen Opfer, die gebracht werden müssen, um Deutschlands politische und wirtschaftliche Lebensfähigkeit in der Zukunft zu erhalten.

Aus diesen Zielen ergibt sich, daß es sich bei den Demonstrationen nicht um rein studentische Angelegenheiten handelt, sondern daß sich die Studentenschaft für einen über die Hochschule hinausgehenden Bereich engagiert, der das Gesamtwohl der Gesellschaft in höchstem Maße angeht und für den sich die Studentenschaft in besonderem Maß verantwortlich weiß.

Schon bei den Beratungen des Mainzer Beschlusses und seiner Kommentierung in der Presse (FAZ 20.3.65) wurden Bedenken laut, ob die zum Teil als Körperschaften des öffentlichen Rechts verfaßten Studentenschaften zu einer über den Bereich der Hochschule hinausgehenden Aktion legitimiert seien. Dieser Auffassung muß entgegengehalten werden, daß die Probleme der Hochschule nicht getrennt von den Problemen des übrigen Bildungswesens betrachtet werden können, da zwischen beiden ein Sachzusammenhang besteht; ebenso wie die Bildungsfragen nicht gelöst von der Gesamtentwicklung der Gesellschaft gesehen werden können..

Den Studentenschaften kann nicht allein deswegen, weil sie als Körperschaften des öffentlichen Rechts konstituiert sind, das Recht bestritten werden, zu Demonstrationen aufzurufen, weil der Begriff der Körperschaft des öffentlichen Rechtes, der dem herkömmlichen Verwaltungsrecht entlehnt ist, nicht geeignet ist, das Phänomen der Studentenschaft in der heutigen pluralistischen Gesellschaft abschließend zu erfassen, auch wenn diese Rechtsform zur Wahrnehmung der Belange der verfaßten Studentenschaft im Rechtsverkehr erforderlich ist. Historisch, soziologisch und politisch war und ist die Studentenschaft etwas anderes als ein Wasserwirtschaftsverband oder eine Handelskammer. Auch in der Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts wird von der verfaßten Studentenschaft mehr als von anderen gesellschaftlichen Gruppen erwartet. Die Gesellschaft würde es den Studentenschaften verargen, würden sie sich nur auf ihren eigenen studentischen Raum begrenzen. Eine politisch wache Studentenschaft, die über die rein studentischen Belange und Forderungen hinausschaut, liegt im Interesse der demokratischen Gesellschaft.

Ob sich diese Wachsamkeit nur auf Ausnahmefälle wie 1933 beschränken soll, wie es Bundestagspräsident Gerstenmaier empfahl, oder ob sie sich nicht fortwährend bewähren sollte, dürfte eigentlich nach den Erfahrungen von 1933, als auch die Studentenschaften versagten, keine Frage sein. Nur wer sich ständig in der Wachsamkeit übt, wird auch im entscheidenden Augenblick wachsam sein. Die umgekehrte Erfahrung haben wir bereits gemacht. gez. Ignaz Bender.

Pressestimmen

"Ich halte die Bezeichnung 'Bildungsnotstand' für übertrieben. Zweifellos haben wir auf vielen Gebieten noch einen beträchtlichen Aufholbedarf. Es darf aber nicht übersehen werden, daß unsere Bildungseinrichtungen nach dem Zweiten Weltkrieg in großem Maße zerstört waren und daß es erheblicher Anstrengungen bedurfte, den heutigen Stand zu erreichen. Ich halte die vorgesehenen Studentendemonstrationen für eine Dramatisierung der Bildungssituation in der Bundesrepublik und daher nicht für das richtige Mittel, um in dieser Frage eine Lösung zu finden. Und ich meine: Der Schweiß der Edlen ist dem Zorn der jungen Männer immer noch überlegen." Wissenschaftsmagister Lenz, (in Welt am Sonntag, 21.3.1965).

"...Diese Versammlung war ein Zeichen dafür, daß eine neue Generation von Studenten auf die westdeutschen Universitäten gelangt ist. Im Gegensatz zu der unmittelbaren Nachkriegsgeneration, die sich nur dafür interessierte, so hart wie möglich zu arbeiten, um sich für einen Job zu qualifizieren und am Wirtschaftswunder teilzunehmen, haben die jetzigen Studenten Zeit, sich umzusehen, und sie finden viele Dinge unbefriedigend, die in der Bundesrepublik geschehen. Sie sind willens, sich selbst politisch zu engagieren, um die Dinge zu ändern. Die Versammlung repräsentiert eine politische Elite der Studenten, die aus den Studentenparlamenten der verschiedenen Universitäten hervorgegangen ist; ihre Bereitschaft zu kritisieren, ihre Mißachtung eingefahrener Realitäten und ihr Glaube an die demokratischen Spielregeln ist ermutigend..

Das politische Engagement der Studentenschaft im Wahljahr beunruhigt einige Politiker in Bonn sehr. Dr. Gerstenmaier, der christlich-demokratische Präsident des Bundestages, sagte den Studenten vorgestern, ihre erste Aufgabe sei zu studieren, sonst riskierten sie, ebenfalls eine Pressure Group zu werden. Nur in Ausnahmefällen wie 1933, sagte er, sollten sie sich politisch einschalten. Aber offensichtlich waren die Studenten anderer Meinung."